

Brandenburg will Agrarstrukturgesetz - Vogel: Regulierung von Anteilskäufen kommt

Brandenburgs Landwirtschaftsminister Axel Vogel ist entschlossen, ein Agrarstrukturgesetz auf den Weg zu bringen. „Wir werden das Landpachtgesetz, das Grundstückverkehrsgesetz und das Reichssiedlungsgesetz an die hiesigen Verhältnisse anpassen und auf eine neue, zeitgemäße Grundlage stellen“, sagt der Grünen-Politiker im Interview. Ziel sei eine regional verankerte Agrarstruktur, „die die Wertschöpfung in Brandenburg hält und in der bäuerliche Familienbetriebe und die noch bestehenden Genossenschaften eine Zukunft haben“. Vogel kündigt eine Regulierung von Anteilskäufen an und will eine Regelung gegebenenfalls vor Gericht durchfechten.

Länderberichte 1

Länder suchen den Düngekonsens - Ministertreffen vor Bundesratsentscheidung

Die Länder haben angesichts der anstehenden Bundesratsentscheidung zur Düngeverordnung Abstimmungsbedarf. Der Vorsitzende der Agrarministerkonferenz (AMK), Saarlunds Landwirtschaftsminister Reinhold Jost, hat seine Amtskolleginnen und -kollegen aus den Agrar- und Umweltressorts zu einem Treffen am 12. März in Berlin eingeladen. Offenbar will man sichergehen, dass mit der Verabschiedung der Düngeverordnung mögliche Strafzahlungen der EU gegen Deutschland abgewendet werden. Niedersachsens Ressortchefin Barbara Otte-Kinast kritisierte den Bund, verwies aber zugleich auf die staatspolitische Verantwortung.

Länderberichte 18

Zuckerfutures an den Börsen in New York und London im Aufwärtstrend

Die Futures auf Roh- und Weißzucker an den Warenterminbörsen folgen seit etwa vier Monaten trotz einer zuletzt leichteren Entwicklung einem Aufwärtstrend. Analysten begründeten die Hausse vor allem mit den trockenheitsbedingt schlechten Aussichten für die diesjährige Zuckerrohrernte in Thailand. Auch die indischen Zuckerrohranbauer haben mit schlechtem Wetter zu kämpfen. Derweil entwickeln sich die Zuckerrohrkulturen in Brasilien wegen der günstigen Witterung so gut wie schon lange nicht mehr. Dagegen erwartet die EU-Kommission mit Blick auf die Zuckerproduktion in der Gemeinschaft einschließlich dem Vereinigten Königreich einen moderaten Rückgang.

Markt+Meinung 1

Erneut Rufe nach einem stabilen GAP-Etat

Nachdem die Ratsverhandlungen der Staats- und Regierungschefs über den zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU noch keine Einigung brachten, haben einzelne Mitgliedsländer ihre Forderungen mit Blick auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zwischenzeitlich nochmals bekräftigt. So stellte Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron klar, dass er eine Kürzung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen strikt ablehne. Die durch den Brexit entstandene Finanzierungslücke im EU-Haushalt dürfte nicht durch eine Umschichtung von Geldern aus der GAP ausgeglichen werden, erklärte der Präsident bei der Eröffnung der Landwirtschaftsmesse SIA in Paris. Entsprechend positionierten sich auch erneut die Landwirtschaftsminister aus acht mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten. Die Gelder für die EU-Agrarpolitik nach 2020 müssten dem aktuellen Niveau entsprechen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, die die Ressortchefs bei ihrem Treffen Anfang vergangener Woche in Warschau vorlegten. Unterzeichnet wurde der Forderungskatalog von Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien und den drei baltischen Staaten. Die Minister betonten, dass die Landwirte nicht mit „exzessiven“ Ambitionen zum Umweltschutz unter Druck gesetzt werden dürften, wenn ihnen zugleich die Beihilfen gekürzt würden. Die Gruppe der „Spar-samen Vier“ - Österreich, Dänemark, Schweden und die Niederlande - hatte beim Rat dagegen auf Mittelkürzungen bei der GAP gedrängt. Sie sind nicht zu größeren Beiträgen bereit, um die Brexit-Budgetlücke von 75 Mrd Euro zu stopfen. Auch Berlin plädiert eher für Einschnitte bei der GAP.

EU-Nachrichten 3